

Das letzte Wort zur Salamitaktik des Staatsrats ist noch nicht gesprochen

MEDIENMITTEILUNG
15. Dezember 2015

Am Dienstag, den 15. Dezember geht die FEDE auf die Abgeordneten des Grossen Rates zu, um ihnen eine weitere Salamischeibe anzubieten. Die FEDE wird die Mitglieder des Kantonsparlaments fragen: Wollen Sie wirklich weiterhin Scheibe um Scheibe des öffentlichen Dienstes abbauen, indem Sie gutheissen, dass die KGV zu einem unabhängigen Königreich im Herzen der Republik wird?



Die FEDE hat den Vorentwurf des Gesetzes über die KGV, der Ende Sommer in die Vernehmlassung geschickt wurde, nicht gut verdaut*. In der Stellungnahme zu diesem Vorentwurf hat sich die FEDE dafür entschieden, nicht auf die Vorschläge einzugehen, da ihr die von den Verfechtern dieses Projekts vorgebrachten Ziele dermassen absurd erschienen.

Denn in der Tat kritisiert der Staatsrat die aktuelle Organisation der KGV. Das ist unüblich, hat er doch selbst die Verantwortung über diese Organisation. Gemäss des Berichts ist die Geschäftsleitung der KGV aufgrund des Staatspersonalgesetzes mit Massnahmen besonders exzessiver Härte konfrontiert. Man meint zu träumen. Zumal sich im Bericht diesbezüglich keine stichhaltigen Elemente finden, die eine solche Einschätzung stützen würden.

Man kann jedoch zwischen den Zeilen lesen, dass die Geschäftsleitung der KGV nach Belieben schalten und walten möchte und sich vom «New public management» verführen lässt, das Managerinnen und Managern mit grösseren Machtkompetenzen ausstatten, den Einfluss des Staates mindern und die Rechte des Personals zusammenstauchen möchte. Dieser

Wunsch nach Unabhängigkeit ist umso erstaunlicher, als dass die KGV positive Ergebnisse vorweisen kann und gleichzeitig über sehr tiefe Prämien verfügt. Wer soll das noch verstehen?

Die FEDE lehnt den Verlust der politischen Kontrolle über die KGV, den Austritt der Angestellten aus dem StPG und die Einführung von leistungsabhängigen Löhnen kategorisch ab. Es muss an dieser Stelle daran erinnert werden, dass der Grosse Rat 2003 die Einführung eines leistungsorientierten Lohnsystems im Staatsapparat von Freiburg ablehnte. Eine Studie der OECD zeigt ebenfalls, dass ein solches Lohnsystem in den öffentlichen Verwaltungen mehr Schaden anrichtet als Mehrwert schafft.

Wieso soll ein solches System nun gegen den Willen des Parlaments in der KGV eingeführt werden? Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren.

Mit Erstaunen haben wir festgestellt, dass sich die KGV in ihrem Bericht über die Arbeitslast des Staatsrats beunruhigt zeigt und ihm die Arbeit erleichtern möchte. Wir hingegen sind der Meinung, dass der Staatsrat weiterhin diese Aufgabe ausüben sowie die Kontrolle über das Funktionieren dieser Institution, die eine Schlüsselfunktion des öffentlichen Dienstes des Kantons erfüllt, gewährleisten muss.

Man könnte fast meinen, es handle sich dabei um einen Scherz, so schwach sind die Argumente der KGV. Doch leider reiht sich dieses Gesetzesprojekt nahtlos in den gegenwärtigen Trend der öffentlichen Verwaltungen ein. Mit solchen Projekten begibt sich unser Kanton aufs Glatteis, indem er zentrale Funktionen des öffentlichen Dienstes infrage stellt.

Die FEDE wird sich mit allen Mitteln gegen diese Tendenz zur Wehr setzen und dies zu einer ihrer Prioritäten für 2016 machen. Wir verteidigen den öffentlichen Dienst, die Aufrechterhaltung des Personals innerhalb des StPG und die Aufsichtsfunktion des Staates über die öffentlichen Dienste und wehren uns gegen jede Form der ungerechtfertigten Auslagerung.

An die Abgeordneten stellen wir folgende Fragen:

- **Gibt es ernstzunehmende Gründe, warum das Personal der KGV aus dem StPG austreten sollte?**
- **Entspringt die Salamtaktik der Regierung und des Parlaments etwa der Vernunft?**

Das Argumentarium des Gesetzesentwurfes der KGV lässt daran jedenfalls starke Zweifel aufkommen. Falls der Staatsrat diesen Gesetzesentwurf ernst nehmen sollte, wären wir bezüglich seiner Vorstellung des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren sehr besorgt. Wir wollen keine Salamtaktik und keine Führung, die im Fahrwasser des «New public management» schwimmt.

Bei solchen Prozessen weiss man zumeist genau, wann es losgeht, aber niemand kann sagen, wann und wo es wieder aufhört!

** Vorentwurf der Änderung des Gesetzes vom 12. November 1964 betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden und des Gesetzes vom 6. Mai 1965 über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden*